

# INITIATIVE GEGEN GEISTIGE GLEICHSCHALTUNG

## Bürgerinnen und Bürger Leipzigs!

Woche für Woche wird uns suggeriert, in der Gesellschaft sei ein breiter Konsens über die Notwendigkeit von "Reformen" - wie der sogenannten "Agenda 2010" - vorhanden.

Dieser Eindruck soll beim Lesen der Presse oder in Sendungen von Hörfunk und Fernsehen bestätigt werden.

Tatsache aber ist: in unserem Lande gibt es durchaus nicht wenige kritische Stimmen - nur wird ihnen der Zugang zu den Medien erschwert oder gar verweigert. So dürfte wohl auch der folgende Aufruf den meisten der hier Anwesenden bisher unbekannt geblieben sein, obwohl er bereits im Mai 2003 veröffentlicht worden ist.

Also! - Besorgt euch den Aufruf aus dem Internet, kopiert und verteilt ihn so oft wie möglich!

Auf diesem Blatt können wir nur einen Auszug wiedergeben.

---

### Aufruf von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am 23.05.2003:

#### **Sozialstaat reformieren statt abbauen - Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen**

"[...] Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus.

Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie weiten Teilen der Medien gehen diese Einschnitte noch nicht weit genug.

Unter der Devise "Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung" hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaats eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen.

**Wir widersprechen dieser Politik**, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist **weder mutig noch reformorientiert**. Die **geplanten Einschnitte** verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze.

Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei.

Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.

- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folge fehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen, aber nicht die Arbeitslosigkeit. [...]
- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit "um jeden Preis" anzunehmen, fordert die **Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland** [!] Eine solche Entwicklung steht im Widerspruch zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen und führt zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber zu insgesamt mehr Beschäftigung. Besser bezahlte, gesicherte Arbeit wird durch schlechter bezahlte, prekäre Arbeit ersetzt. **Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet.** [...]
- Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen nicht im sozialstaatlichen System und dessen vermeintlich zu üppigen Leistungen. Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. [...] Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind eingebrochen.

- Die Finanzierungsprobleme und die steigenden Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel usw.) nicht beseitigt. Es kommt dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Finanzierung zu Lasten der Versicherten und vor allem der Kranken. Hinzu kommt, dass sich die Beitragszahlungen bei Privatversicherungen nach dem individuellen Risiko richten - ohne Berücksichtigung der Einkommens- und Familienverhältnisse. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppender Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeits-, Lebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. **Auch die Finanzierung des Krankengeldes** allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwicklung im Gesundheitssystem, sie **ist ausschließlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen** [...].

**Mit dem eingeschlagenen Weg werden das Sozialstaatsprinzip und die Grundlagen einer auf den sozialen Ausgleich gerichteten Gesellschaftsordnung gefährdet.** Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte "alternativlos" sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Sozialstaat müssen [...] keine Gegensätze sein. Um das zu erreichen, sind jedoch Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig, die den Namen "Reform" tatsächlich verdienen. Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden. Dies schafft kurzfristig Arbeitsplätze und sichert mittel- und langfristig die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Statt durch Sozialleistungskürzungen die Kaufkraft gerade in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu begrenzen, bedarf es einer Stabilisierung und Erhöhung des privaten Konsums.
- Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein "b i l l i g e r" Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. [...]"

Unter den 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Erstunterzeichner sind, - alphabetisch geordnet von Prof. Dr. Elmar Altvater bis Prof. Dr. Karl-Georg Zinn - befinden sich allein 212 Professoren.

**Leipziger! - Schluss mit der Meinungsmanipulation!** - Besorgt euch diesen Aufruf und/ oder andere kritische Wortmeldungen aus dem Internet, kopiert und verteilt sie!

Nur noch wenig Zeit verbleibt uns, um die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg abzuwenden.

Darum: Auf die Straße gegen Sozialräuber!

**Wir haben die DDR-Bonzen entmacht, nun lasst uns den Sozialstaat verteidigen!**

Sorgen wir auch dafür, dass die "Hunde Hundts" sich nicht mehr über Rot-Grün still ins Faustchen lachen und sich einer Regierung amüsieren, die ihre Traume verwirklichen will!

Ein Rücktritt von Bundeskanzler Schröder gäbe auch der SPD eine Chance zum Neuanfang!

Leipzig, 6. Oktober 2003

- Aktion gegen einen neuen Reichsarbeitsdienst -

### "Immer Sonntag"

"Murmeltier-Tag" ist, wenn man in einer Zeitschleife immer dasselbe erleben muss. Das ist kein bekiffter Drehbuchschreiber, sondern lässt sich beweisen.

Der Murmeltier-Tag ist Sonntagabend, 21.45 Uhr, und man merkt's an der Besetzungsliste. Sabine Christiansen diskutiert mit Olaf Scholz, Michael Glos, Bert Rürup, Michael Rogowski und Oswald Metzger.

Sabine Rogowski diskutiert mit Michael Christiansen, Michael Rürup, Oswald Scholz, Bert Metzger und Olaf Glos.

Sabine Rürup diskutiert mit Michael Metzger, Oswald Glos, Michael Scholz, Bert Rogowski und Olaf Christiansen.

Es folgen die Tagesthemen.